

Die DDR und der »Henrietta-Effekt« (II)¹

III Von verbrauchten Vorräten zur ›Selbstkannibalisierung‹ – Eine Formation erreicht ihre Grenzen

Zurück zur erwähnten Henrietta und damit zu einer etwas anderen Perspektive auf das Verhältnis von Stabilität und Krise des halben Fordismus der DDR. Foggs Atlantik-Stunt kann nämlich als Sinnbild für ein Vorgehen stehen, bei dem der Zweck die Mittel heiligt, wobei der Zweck in diesem Zusammenhang das Aufholen/Kopieren des westlichen Fordismus bzw. verschiedener Bausteine desselben darstellt. Zu den begrenzten Mitteln ist weiter oben einiges angedeutet worden (etwa die fehlenden Innovationen, der mangelnden Durchsetzung digitaler Produktionsbestandteile u. a.); dies führte dazu, dass die Formation in mindestens zweierlei Hinsicht »auf Verschleiß« gefahren wurde – ein Verschleiß, der sowohl das Akkumulationsregime als auch die Regulationsweise betraf.

A) »... alles wurde langsam zu Schrott ...« – fehlende Investitionen und sinkende Produktivität

Wenn man von einzelnen Unternehmen oder Schwerpunktbereichen beispielsweise in der Chemie- und Elektronikindustrie absieht, musste die Industrie in der späten DDR mit einem deutlich veraltenden »Kapital«-Stock bei sinkender Anlagenproduktivität produzieren. Maier (1993: 816 f.) weist auf den absinkenden Anteil der produktiven Investitionen am verwendeten Nettoprodukt hin (von 16,1 % in 1960 auf 10,6 % im Jahr 1988), gleichzeitig stieg von 1970 bis 1986 der Anteil des individuellen Konsums im gleichen Zeitraum von 57,1 % auf 62,5 % (Thalheim 1988: 49). Dies schlug sich langfristig auf das Durchschnittsalter der DDR-Industrieausrüstungen nieder, das 1989 bereits 18 Jahre betrug, während es in der BRD zum gleichen Zeitpunkt bei 8,1 Jahre lag (Treuhandaanstalt 1994, Bd. 3: 46). Zudem war die Produktivität von Investitionen im Vergleich zur BRD deutlich niedriger (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1990: Ziffer 16).

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch die berüchtigte SED-Politbürovorlage »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen« vom 30. Oktober 1989. Sie führt als wichtigstes Argument die »Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29 % im Jahre 1970 auf 21 % laut Plan 1989 auf. (...) Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9 % 1988 zurück. (...) Der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie [habe sich, d. A.] von 47,1 % 1975 auf 53,8 % 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 % auf 67 %, im Verkehrswesen von 48,4 % auf 52,1 % und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 % auf 61,3 %. In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch

1 Teil I dieses Beitrags erschien in Z 134 (Juni 2023), S. 166–185. Für eine modifizierte Fassung des Textes vgl. Brinkmann/Laßhof (2023): »Der ›halbe Fordismus‹ der DDR: Einige regulationstheoretische Überlegungen«.

uneffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt.« (4) In betrieblicher Perspektive liest sich das so:

»Ich habe 1989 mal ausgerechnet, dass unsere Investitionsquote gut 0,25 % betrug, d. h. ungefähr alle 300 Jahre erneuerte sich das UN einmalig – alles wurde langsam zu Schrott. In vergleichbaren westdeutschen Unternehmen unserer Branche ist als Vergleich eine Quote von mindestens 5 bis 10 % üblich, d. h. zwischen 10 und 20 Jahren erneuert sich ein Unternehmen dort.« (80gl)

Was dieser frühere Betriebsdirektor für die Investition festhält, findet seine Ergänzung im Bereich der Instandhaltung; dazu ein früherer Meister und späterer (1995) Geschäftsleiter, nachfolgend ein Betriebsratsvorsitzender (1995) und vormaliger Abteilungsgewerkschaftsleiter:

»Instandsetzung und Instandhaltung der Maschinen war in der DDR sehr groß geschrieben. Wir haben stets versucht, die Maschinen und Geräte so instand zu halten, dass sie nicht erst instandgesetzt werden mussten. Es war stets ein absolutes Muss, dass die Geräte gepflegt und ihre Laufzeit erhöht wurden. Was diese Zielsetzungen angeht, waren wir auch sehr erfolgreich. Allerdings war diese Vorgehensweise mit einem enormen Aufwand verbunden, so dass man sich heute berechtigt fragt, ob wir nicht mit der Wurst nach dem Schinken geworfen haben... Der aufgebauchte Wert des Gerätes als vergegenständlichte Arbeit – zumal, wenn es aus dem Westen importiert und bis zu fünffach bewertet wurde – belastete den Betrieb unglaublich mit der Amortisation; man kam einfach nicht zum Abschreiben.« (33gl)

»Ja, die eigenen alten Maschinen, die 40 bis 50 Jahre alt waren, haben wir total überholt, das waren typische FuE-Themen.« (100br)

An die Stelle regelmäßiger Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen trat eine aus der Not geborene Flickschusterei in den Vordergrund, die dazu noch von politischen ad-hoc-Schwerpunktsetzungen begleitet wurde. Ganßmann (1993) hat dieses Phänomen der sich häufenden, kurzfristigen und ungeplanten Eingriffe der Akteure der Planungsbürokratie zur Kompensation der selbstgeschaffenen Problemlagen als »Planungsparadox« beschrieben. Den betrieblichen Akteuren (wie im nachfolgenden Beispiel einem früheren BGLer) muteten diese Intervention zwangsläufig willkürlich an:

»Grundsätzlich würde ich sagen, dass unser Betrieb vernachlässigt wurde, was die Investitionen anging. Aber es war wie ein Wellental. So waren wir auf der anderen Seite auch einer der ersten Betriebe, die NC-Maschinen eingesetzt haben. Dies geschah 1968, als es einen politischen gewollten Investitionsschub für uns gab. Danach wurden wir über viele Jahre hinweg hintangestellt. Unser Kombinat konnte sich immer nur Schwerpunktinvestitionsobjekte leisten. Dazu wurden dann regelmäßig ganze Fabriken aus dem Boden gestampft. Es gab damals spätestens zu dem Zeitpunkt investive Mittel, wenn die Kapazität nicht mehr ausreichte, um die Volkswirtschaft mit zentralen Gütern wie Kupplungen ausreichend bedienen zu können. Nach den dann erfolgten Investitionen durfte man aber jahrelang keine Ansprüche mehr anmelden. Denn dann hieß es: »Ihr habt doch jetzt Eure modernen Maschinen! Produziert erst mal richtig!« Den letzten Investitionsschub hat es kurz vor der Wende gegeben. Da wir aber ein reiner Zulieferbetrieb waren, wurden wir nie wie ein Spitzenbetrieb versorgt.« (46br)

Aufgrund von Devisenmangel und Handelsrestriktionen (Cocom-Liste) bestanden zudem nur stark eingeschränkte Vergleichs- und Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Die lediglich punktuellen Modernisierungen im Investitions-

güterbereich waren in dieser Entwicklungslogik des halben Fordismus primär Ausdruck beschränkter Mittel und zentraler politischer Prioritätensetzung. In den 80er Jahren fand beispielsweise eine Debatte (Hertle 1996: 66 ff.) über die zukünftige Entwicklung des Maschinenbausektors statt. G. Mittag als ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen sprach sich für eine eher konventionelle Weiterentwicklung dieses Bereiches aus, während der Vorsitzende der staatlichen Plankommission G. Schürer Befürworter einer Orientierung auf High-Tech-Forschung war, um den traditionell starken Maschinenbaubereich in der DDR mit eigenentwickelten Computerelementen zu bestücken (CNC). Diese Strategie scheiterte allerdings an den enormen Entwicklungs- und Produktionskosten dieser Elemente. So kostete Ende der 80er Jahre ein 256 KB-Speicherchip die DDR in der Eigenproduktion 534 Mark, während der Preis auf dem Weltmarkt für diese Einheiten bei vier bis fünf Valuta-Mark lag (vgl. Maier 1997: 70 ff.; ebenso Grosser 1998: 32).²

Mit einer politisch induzierten Orientierung auf den Mikrotechnologie-Bereich waren große Ressourcenallokationen verbunden, die zwangsläufig zu Unwuchten führten. Der Betriebsrat eines (zu DDR-Zeiten) Produzenten von medizinisch wissenschaftlichen Apparaten führt stellvertretend für viele andere dazu an, dass man bei Investitionen aufgrund der Zuordnung des Betriebs zur schweren Elektrotechnik »vernachlässigt« gewesen sei:

»Wir hätten schon lange ein neues Lagergebäude und manche technologische Erneuerung gebraucht, für die aber kein Geld gegeben wurde. Es sind andere Bereiche wie die Mikroelektronik höher angesehen gewesen.« (4br)

Dennoch vergrößerte sich auch in den bevorzugten Bereichen der Abstand zum westlichen Pendant. H. Maier (vgl. 1993: 813 ff.) hat dies an einem Vergleich der Erträge im innerdeutschen Handel verdeutlicht, bei dem sich die Lücke bei Büromaschinenerzeugnissen von 5,9-mal höheren Erträgen der westdeutschen Exporteure (1970) auf 15,3fache Erträge im Jahr 1989 erhöhte.³ Die Durchsetzung von Vorgaben wie »Einsatz der Robotertechnik in den volkseigenen Betrieben« konnte vor diesem Hintergrund kaum realisiert werden. Tatsächlich findet sich sowohl in den Produktionsprozessen als auch bei den Produkten der späten DDR nur ein vergleichsweise geringer Einsatz von mikroelektronischen Elementen. Ein früherer VEB-Abteilungsleiter beschreibt dieses Dilemma:

»Es gab einen Betrieb, das ZIM – Zentrales Ingenieur- und Metallurgiekombinat, so ähnlich hieß das –, der in der DDR Roboter gebaut hat. Sie haben die schwedischen ASIA-Roboter nachgebaut; die waren relativ gut, aber es waren natürlich viel zu wenig, um die Industrie damit zu bestücken. Was hat man also gemacht? – Man hat versucht, diese Kennziffer zu erfüllen. (...) Man hat also alles das als Roboter bezeichnet, was sich überhaupt so bezeichnen ließ. Alles, woran sich etwas drehte, was nur einen Hydraulikstempel hatte, sich einmal vor und zurück bewegte – man würde das eine halbautomatische Maschine nennen –, war ein Robotereinsatzfall geworden. Nur so gelang es den Betriebsdirektoren, der Dresche des Gene-

2 Zudem war der Weltmarktstandard bereits eine Chip-Generation weiter.

3 Für die Sowjetunion verdeutlicht dies Nye (2000) anhand einiger Zahlenverhältnisse: Bei Gorbatshows Machtantritt gab es etwa im Land 50.000 Personalcomputer, in den USA waren es zu diesem Zeitpunkt bereits 30 Millionen.

raldirektors zu entgehen, und jeder wusste, dass jeder den anderen betrogen hat.« (Deutscher Bundestag 1993: 134 f.)

B) »Das Geld ist ja ganz schön, aber die Schande!« – Gescheiterte Anrufungen

In einem seiner letzten Interviews hat der Historiker W. Markov (in: Grimm 1993: 73) auf ein besonderes Dilemma hingewiesen: »Der Widerspruch zwischen Ethik und Ökonomie, zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und wirtschaftlichem Erfolg um jeden Preis war im Realsozialismus noch schlechter auszubalancieren als im westlichen Kapitalismus«. Wäre er ausbalanciert, so könnte man ergänzen, so wäre dies für jede Art von Formation ein konsensstiftendes Element. Offe hat diesen Zusammenhang hinsichtlich der Frage nach der »Loyalität der Arbeitsbürger« in der DDR beleuchtet. »Der Kapitalismus ist, was Produktionsentscheidungen im Rahmen eines politisch abgekoppelten Mechanismus von Eigentumsrechten und Marktkräften angeht, nicht auf die Zustimmung der Bürger angewiesen; dennoch generiert er mehr Zustimmung als der Realsozialismus. Den staatssozialistischen Systemen dagegen ist es nicht gelungen, die belastbare Loyalität ihrer Arbeitsbürger zu erwerben. Es ist wohl dieses moralische Defizit mit seinen ökonomischen Folgen, an dem sie letztlich gescheitert sind« (1994: 17).

Dies war naturgemäß anders geplant gewesen. Das »Neue Deutschland«, Zentralorgan der SED, titelte ganz im Schwung der zeitgenössischen Catch-up-Phase »Schritt zum Morgen« und postulierte Ende der 1950er Jahre: »Der sozialistische Morgen liegt hell und klar vor uns. Der Herrscher und Nutznießer dieser Epoche ist der sozialistische Mensch, ein gebildeter, starker, fröhlicher, charakterfester Mensch. Er dirigiert grandiose Maschinensysteme, lenkt Weltraumschiffe, steuert Atomkraftwerke, erntet von endlosen, trächtigen Äckern, die den Überfluß des nahen Kommunismus ahnen lassen.« (ND, 15.02.1959) Anders als in der gut beforschten westlichen Variante kann über die Zustimmung der »sozialistischen Menschen« zum halben Fordismus der DDR (viel zu) wenig Abgesichertes berichtet werden – dies gilt zumindest im Hinblick auf belastbare repräsentative empirische Forschung. Eine Ausnahme dazu bilden die langjährigen Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zur Identifikation von Jugendlichen mit der DDR, für die repräsentative Trenddaten von 1970 bis Ende 1989 vorliegen (Förster 1991). Die Auswertung der vorliegenden Daten ergab 1991, dass sich in der DDR-Jugend in den 1970er Jahren eine »deutliche Konsolidierung sozialistischer Überzeugungen und Wertorientierungen« durchsetzte: »Mitte der 70er Jahre identifizierte sich die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen mit der DDR und mit dem sozialistischen System insgesamt« (137) – die Zustimmung lag etwa im Jahr 1975 unter »Lehrlingen« bei 95 %, unter Studierenden bei 98 % und unter »jungen Arbeitern« bei 95 %. Das Anwachsen der Zustimmung stagnierte dann ab den 1980er Jahren, ab »1985/86 setzten sich die regressiven Tendenzen in den politischen Einstellungen mit von Jahr zu Jahr zunehmender Geschwindigkeit fort, gingen ab 1988 geradezu in einen Verfall der Identifikation mit den »sozialistischen Werten« über« (ebd.). Deutlich wird an diesen Daten, dass die »Konsens-Ressource« zunehmend verschliss, nachdem sie zunächst stark ausgeprägt war.

Es ist zudem bekannt, dass es in den frühen Jahren der DDR mit der Kritik am deutschen Faschismus auch den Wunsch gab, mit der DDR etwas zum Kapitalismus Alternatives aufzubauen. Es gab (keineswegs nur unter Intellektuellen) jene Überzeugten, die davon ausgingen, in der DDR das »bessere Deutschland« (so eine »Spiegel«-Story vom April 1991) zu sehen. Die DDR konnte zudem in ihren ersten Jahren auf einen »historische(n) Vorrat an leistungs- oder berufsethischen Werten und Verhaltensmustern (...), mit denen systemspezifische Irrationalitäten, Motivationsdefizite zumindest partiell überbrückt und ausgeglichen wurden« (Adler 1992: 52), zurückgreifen. Der ehemalige Leiter eines Stammbetriebs verdeutlicht dazu:

»Die DDR-Führungskraft musste für erfolgreiches Arbeiten eine Menge an sozialen Fähigkeiten mitbringen. Die Leute mussten spüren, dass jemand mit Lust und Liebe seine Arbeit durchführte. Nur so konnte man motivieren. Dazu kommt, dass wir als ältere Generation nach dem Krieg den Aufbau mitorganisieren wollten. Wir sind auf diese Weise in diese Tätigkeiten hineingewachsen.« (k1)

Dieser historische Vorrat an Überzeugungen und Handlungsmustern musste – sofern er nachhaltig überzeugen und Konsens stiften sollte – stets reproduziert und verallgemeinert werden. Allgemeine Anrufungen und Auszeichnungen, die Inszenierung von Handlungsvorbildern und Planerfolgen waren deshalb typische Kennzeichen der Konsensproduktion in den Betrieben des halben Fordismus. Dazu gehörten die Held-der-Arbeit-Auszeichnung, die Auszeichnung als »Bestarbeiter« und die bekannte Hennecke-Bewegung⁴:

»Lieber Genosse Hennecke! Mit großer Freude haben wir von Deiner wegweisenden Tat erfahren. 380 Prozent des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen! Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernem Willen verfolgten Planzieles.« (Brief des ZK der SED vom 17.10.1948, in Weber 1963: 616)

Betrieblich wurden diese Anrufungen in Parolen wie »Meine Hand für mein Produkt« oder »Weniger produzieren mehr« gegossen. Ein Betriebsrat (im Jahr 1995) erläutert die ironisierenden Gegendiskurse dazu:

»Wir dachten uns immer den Zusatz: ›Eines Tages produziert einer alles!‹ Oder wir sind durch den Betrieb gelaufen, um nachzusehen, wie viele Einhändige hier herumlaufen. Aber wir haben nie welche gefunden.« (21br)

Das allgemeine Aufkommen von deutlichen Ironisierungen markiert das sukzessive Scheitern der Anrufungen, dazu zwei weitere Beispiele in der Rückschau. Heiner Müller (1994: 356) bemerkt in seinen Erinnerungen:

»Zum Thema Nationalpreis gibt es den berühmten Ausspruch eines Kameramanns von der DEFA: ›Das Geld ist ja ganz schön, aber die Schande! Ich war einer von den wenigen, die lange davon verschont geblieben waren.«

4 In seinen Erinnerungen verweist I. Abusch darauf, dass die Stachanow-Bewegung, das sowjetische Äquivalent, bei den Arbeitern selbst nicht sehr angesehen war: »Die Arbeiter haben die Stachanowitzki gehaßt, weil sie die Norm hochgejagt haben. Die haben Normen aufgestellt, die zu erfüllen nur möglich war unter ganz ungewöhnlichen Bedingungen. Bei gewöhnlichen Bedingungen haben die Arbeiter Blut schwitzen müssen, wenn sie nur eine leichte Erhöhung der Produktivität erreichen wollten« (Abusch 1994: 159). Zur Problematik dieser Anrufungen vgl. auch Lüttke (1994).

Und der Regisseur Hermann Zschoche (2002: 128 f.) zitiert Brecht in seinen Erinnerungen: »Mit dem Nationalpreis war das so eine Sache. Brecht soll in einem Fragebogen in die Rubrik ›Welchen Massenorganisationen gehören Sie an?‹ ›Nationalpreisträger‹ eingetragen haben.«

Sowohl das Auszeichnungswesen als auch die durchgehenden Appelle an die richtige Haltung verfehlten ihr Ziel und wurden als Instrumentalisierung demaskiert. Die Normalität von Plandiskussionen wurde dadurch doppelt konnotiert: einerseits in der offiziellen Lesart, andererseits in der informellen. Es konkurrierten dann zwei Normalitätsvorstellungen miteinander, was zur Folge hatte, dass die offiziellen Losungen und Strukturvorgaben unterminiert wurden, da die Belegschaften jenen »Schein der Stabilität« (Hürtgen und Reichel 2001) durchschauten, der den eigenen Erfahrungen oft diametral entgegenstand. Nochmals der oben zitierte Betriebsrat:

»Im Grunde genommen sollten wir dadurch doch nur in unserer Arbeitsmotivation gestärkt werden, um noch mehr vorhandene Löcher zu stopfen. Deswegen war auch im ›Neuen Deutschland‹ immer nur von den Erfolgen zu lesen, wovon aber niemand überzeugt war. Denn sonst hätten wir keine Wende gehabt. Letztlich zog aber nur der finanzielle Anreiz. Die Versprechungen hat niemand ernst genommen, alle wussten, dass die Realität anders aussah. Wahrscheinlich auch der Generaldirektor, der Mitglied der Parteileitung sein und deren Parolen weitergeben musste. (21br)

Den Endpunkt einer solchen betrieblichen und gesellschaftlichen Entwicklung für eine Formation skizziert Hirsch, ohne sich an dieser Stelle explizit auf den RES zu beziehen:

Mit dem Zerbröseln des ›ideologischen Zementes‹ von Staatsapparatur und ›ziviler Gesellschaft‹ zerfällt auch die Einheit des Regulationssystems: Teile verselbständigen sich, institutionelle Konflikte eskalieren, die politische Führung ist desorientiert und ›Regierungsfähigkeit‹ wird problematisch.« (1992: 230)

Das Zerbröseln des ideologischen Zements repräsentiert den Verschleiß der moralischen und ideologischen Ressourcen – ähnlich wie der Verfall der Produktionsmittel für den Verschleiß der ökonomischen Ressourcen steht. Um im Bild zu bleiben: Das ist ganz so, als ob Phileas Fogg es trotz seiner Strategie der »Selbstkannibalisierung« der Henrietta nicht rechtzeitig nach Europa geschafft hätte.

IV Schluss

»Man ist nie so weise, wie wenn man vom Gerichte kommt«, sagt eine Redensart. Wenn man nicht hinterher, sondern vorher klüger gewesen wäre, hätte es den »Schwarzen Freitag« der Sozialwissenschaften nicht gegeben. Es soll hier auch nicht angedeutet werden, dass eine Vorhersage des Untergangs der DDR schon vor der Wende auf der Hand gelegen hätte.

Gegenstand dieses Beitrags ist der graduelle Wandel der DDR, der Weg von Stabilität zur Krise, aber auch die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen westlichem Fordismus und seinem östlichen Pendant. Der »halbe Fordismus« der DDR imitierte viele Elemente und erzielte ökonomische und ideologische Erfolge insbesondere in der Aufholphase nach der doppelten Staatsgründung. Er versäumte es aber, zentrale stabilisierende Bestandteile der Regulationsweise zu inkorporieren – insbesondere die materielle Teilhabe (Konsum) und eine effektive demokratische Partizipation auf

gesellschaftlicher und betrieblicher Ebene waren kaum oder gar nicht institutionalisiert. Was im späteren Verlauf, speziell in der letzten Dekade, auf der Konsensseite zunehmend misslang, was also an Zustimmung zur eigenen Formationsentwicklung nicht gewonnen werden konnte, wurde dann verstärkt über eine »repressive Klammer« substituiert (Zensur, Überwachung, Mauerbau, Breschnew-Doktrin), wodurch »das Ansehen des ›realen Sozialismus‹ durch die militärische Niederschlagung von ›Volksaufständen‹ in der DDR (17. Juni 1953), in Ungarn im Herbst 1956, in der CSSR im August 1968 massiv beschädigt« (Deppe 2021: 175) wurde.

Der Beitrag untersucht schließlich den Aspekt des Verschleißes von ökonomischen und ideologischen Ressourcen: Je stärker das Staats- und Gesellschaftsgebilde auf Abschottung und Repression setzte, umso weniger gelang es ihm, jene Ressourcen zu (re-)generieren – dies wiederum führte zu sinkender Produktivität und Identifikation und forderte eine stärkere Betonung des Zwangscharakters heraus.

«Ein Entwicklungsmodell ist nur so lange gültig, wie seine Versprechen mit einer bestimmten Vorstellung von Glück übereinstimmen. Diese Vorstellung von Glück kann in sich zusammenfallen, entweder wenn klar ist, dass das Modell es nicht mehr garantieren kann, oder wenn die Nachteile des Modells immer eklanter werden.» (Lipietz 1992: 3; Übers. UB)

Wachsende Unzufriedenheit bei fehlenden Exit- oder Voice-Möglichkeiten (vgl. Hirschman 1992) führten schließlich dazu, dass mit der Entfernung der repressiven Klammer der Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow⁵ das gesamte Modell zerfiel.

Literatur

- Abusch, Isaac. 1994. Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten. Herausgegeben von Joachim Kowalczyk. Mainz: Decaton Verlag.
- Adler, F. 1992. »Zur Rekonstruktion des DDR-Realsozialismus. Strukturmerkmale – Erosion – Zusammenbruch«. S. 36–59, in: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, herausgegeben von M. Thomas. Berlin: Akademie Verlag.
- Brinkmann, U., M. Laßhof. (2023). Der »halbe Fordismus« der DDR: Einige regulationstheoretische Überlegungen. In: Sozialismus im 21. Jahrhundert? Gegen die »Politik des Negativen«, für eine Nachhaltigkeitsrevolution, herausgegeben von F. Deppe, K. Dörre, K. Lucht. Hamburg: VSA-Verlag.
- Brown, A. 2010. »The Gorbachev revolution and the end of the Cold War«. S. 244–66, in: The Cambridge History of the Cold War–Volume III–Endings, herausgegeben von M. P. Leffler, O. A. Westad. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deppe, F. 2021. Sozialismus–Geburt und Aufschwung–Widersprüche und Niedergang – Perspektiven. Hamburg: VSA Verlag.
- Deutscher Bundestag. 1993. 27. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« am 5. Februar 1993. Öffentliche Anhörung zu dem Thema: »Die DDR-Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur«. Bonn: Deutscher Bundestag – Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- Förster, P. 1991. »Weltanschaulich-politisches Bewußtsein«. S. 135–50 in: Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren, herausgegeben von W. Friedrich, H. Griese. Opladen: Leske + Budrich.

5 Brown (2010: 245 f.) datiert den Beginn auf Dezember 1984.

- Ganßmann, H. 1993. »Die nichtbeabsichtigten Folgen einer Wirtschaftsplanung. DDR-Zusammenbruch, Planungsparadox und Demokratie«. S.172–93 in: Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, herausgegeben von H. Joas, M. Kohli. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Grimm, Th. 1993. Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie. Berlin: Siedler.
- Grosser, D. 1998. Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Hertle, H.-H. 1996. Chronik des Mauerfalls: die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin: Links.
- Hirsch, J. 1992. »Regulation, Staat und Hegemonie«. S.203–31 in: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, herausgegeben von A. Demirovic, H.-P. Krebs, T. Sablowski. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hirschman, A. O. 1992. »Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik«. Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft (3): 330–58.
- Hürtgen, R., Th. Reichel. 2001. Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker. Berlin: Metropol-Verlag.
- Lipietz, A. 1992. Towards a new economic order. Postfordism, Ecology and Democracy. Cambridge/Oxford: Polity Press.
- Lüdtke, A. 1994. »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR«. S.188–213 in: Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von H. Kaelble, J. Kocka, H. Zwahr. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Maier, Ch. S. 1997. Dissolution. The crises of communism and the end of East Germany. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Maier, H. 1993. »Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR – Ursachen und Folgen«. Deutschland Archiv 26/7 (Juli 1993): 806–18.
- Müller, H. 1994. Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Nye, J. S. 2000. »Abschied von einer Epoche. Warum der Kalte Krieg 1989 zu einem Ende kam«. Neue Züricher Zeitung, 21.11.2000.
- Offe, C. 1994. Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt a M: Campus.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 1990. »Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten«. S.276–305 in Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahresgutachten 1990/91, herausgegeben von Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Thalheim, K. C. 1988. Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland. Op-laden: Leske + Budrich.
- Treuhandanstalt. 1994. Dokumentation, 1990-1994. 15 Bände. Berlin: THA.
- Weber, Hermann. 1963. Die KPD-SED an der Macht. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- Zschoche, Hermann. 2002. Sieben Sommersprossen und andere Erinnerungen. Berlin: Das Neue Berlin.